

# **DAS TRIPS-ABKOMMEN AUF DEM PRÜFSTAND**

**Die Auswirkungen des Patent-Abkommens  
der WTO auf Bauern und Bäuerinnen  
und die Länder des Südens**

Oktober 2001

**E v B**  
ERKLÄRUNG VON BERN

 **MISEREOR**



**actionaid**

# Herausgeber

## Action Aid, Erklärung von Bern, IATP, Misereor

Layout und Gestaltung: Delwyn Dupuis

Übersetzung aus dem Englischen: Petra Waldruff

Ruchi Tripathi  
Food Trade Policy Officer  
**ActionAid**  
Hamlyn House  
MacDonald Road  
London N19 5PG  
Großbritannien

Tel: +44 207 561 7560  
Fax: +44 207 561 7676  
E-mail: [Rtripathi@actionaid.org.uk](mailto:Rtripathi@actionaid.org.uk)  
Website: [www.actionaid.org](http://www.actionaid.org)

Bernd Nilles  
**MISEREOR**  
Abt. Entwicklungspolitik  
Mozartstr. 9  
D-52064 Aachen  
Deutschland

Tel: +49 241 442 515  
Fax: +49 241 442 505  
E-mail: [nilles@misereor.de](mailto:nilles@misereor.de)  
Website: [www.misereor.de](http://www.misereor.de)

Shefali Sharma  
**IATP**  
Geschäftsstelle Genf  
B.P. 21, 160a Rte de Florissant  
1231 Conches  
Genf  
Schweiz

Tel: +41 22 789 07 24  
Fax: +41 22 789 0500  
E-mail: [ssharma@iatp.org](mailto:ssharma@iatp.org)  
Website: [www.iatp.org](http://www.iatp.org)

François Meienberg  
**Erklärung von Bern**  
Postfach  
CH-8031 Zürich  
Schweiz

Tel: +41 1 277 70 04  
Fax: +41 1 277 70 01  
Email: [food@evb.ch](mailto:food@evb.ch)  
Website: [www.evb.ch](http://www.evb.ch)

# INHALT

1.	DAS TRIPS-ABKOMMEN AUF DEM PRÜFSTAND	4
2.	GESTOHLENES WISSEN	7
3.	OFFENKUNDIG UNGERECHT	9
4.	VERLORENES SAATGUT	11
5.	DIE BAUERN SETZEN SICH ZUR WEHR	14
6.	DAS TRIPS-ABKOMMEN: EIN GESUNDHEITSRISIKO	17
7.	DAS TRIPS-ABKOMMEN IN DER WELTHANDELSORGANISATION ÜBERDENKEN	20

# DAS TRIPS-ABKOMMEN AUF DEM PRÜFSTAND

*„Die Positionen mancher an den Verhandlungen über das TRIPS-Abkommen Beteiligten zielen offenkundig dahin, die Entwicklungsländer noch stärker unter Druck zu setzen, damit sie ihre Gesetze über geistiges Eigentum mit den definierten Interessen der Technologie-Exporteure in Einklang bringen. Dieser unausgewogene, ungerechte Ansatz wird niemals die bereitwillige Unterstützung der Entwicklungsländer gewinnen. Seine Annahme würde den technischen Wandel gravierend beeinträchtigen und die Entwicklung der Dritten Welt massiv behindern.“*

*South Commission, Mexico City, 8. August 1988*

Was noch vor wenigen Jahren als undurchsichtiges Abkommen unter dem Namen „handelsbezogene Aspekte der Rechte auf geistiges Eigentum“ (TRIPS: Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) galt, ist heute weit über Fachkreise hinaus ein Begriff und ist derzeit einer Legitimitätskrise ausgesetzt. Die Medien und die Öffentlichkeit bringen das TRIPS-Abkommen zumeist mit Bildern von Massenprotesten in Südafrika in Verbindung. Die Pharmaindustrie wollte dort ein Patentrecht verhindern, welches den Zugang zu preiswerten Medikamenten für die Opfer von AIDS/HIV vereinfacht. Indes formiert sich weltweit – in Nord und Süd, auf Feldern und in Bauerndörfern ebenso wie in Schulzimmern und vor Computer-Monitoren, in Apotheken und in den Universitäten und Forschungsinstituten, ja selbst an den Verhandlungstischen der Welthandelsorganisation (WTO) allmählich eine beharrliche Bewegung, die Belege für die von den Industrieländern zugesagten Vorteile des TRIPS-Abkommens einfordert.

Das TRIPS-Abkommen trat mit der Gründung der WTO im Jahre 1995 in Kraft. Es gilt als das erste, weit reichende Handelsabkommen mit dem Ziel, durchsetzbare Mindeststandards für geistiges Eigentum in so unterschiedlichen Bereichen wie Landwirtschaft, Gesundheit, Bildung und Umweltpolitik auf dem Wege nationaler Gesetze zu verankern. Hieraus resultierten in der Folgezeit Rechtsmonopole unter anderem in Bezug auf Pflanzensorten, Saatgut und Medikamente unter dem Schirm der WTO. Gegenstand dieser multilateralen Organisation ist streng genommen die Förderung des Wettbewerbs, nicht etwa der Schutz der Interessen einiger Industriebranchen, wie es beim TRIPS-Abkommen der Fall ist.

Der inzwischen völlige Stillstand der TRIPS-Verhandlungen vermag angesichts der Geschichte des TRIPS-Abkommens und der Weiterentwicklung der Standards für geistiges Eigentum im vergangenen Jahrhundert kaum noch zu überraschen: Die Einbindung des TRIPS-Abkommens in das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT – General Agreement on Tariffs and Trade) traf in den achtziger Jahren auf den entschiedenen Widerstand der Entwicklungsländer. Diese drängten auf Maßnahmen der UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) zur Gewährleistung des Technologietransfers an Entwicklungsländer durch Rechte auf geistiges Eigentum (IPR – Intellectual Property Rights) und die Revision des Pariser Übereinkommens der Weltorganisation für Geistiges Eigentum in Genf (World Intellectual Property Organisation – WIPO)<sup>1</sup>. Zu den entschiedensten Gegnern der Miteinbeziehung von geistigen Eigentumsrechten in das GATT zählten Indien, Brasilien, Argentinien, Kuba, Ägypten, Nicaragua, Nigeria, Peru, Tansania und Jugoslawien.<sup>2</sup> In die Beschlüsse der GATT-Ministerkonferenz über die so genannte

Uruguay-Runde im Jahre 1986 wurden jedoch auch Rechte auf geistiges Eigentum mit einbezogen, um Raubkopien entgegenzuwirken. Im Verlaufe der darauf folgenden vier Jahre drängten die Industriestaaten auf ein wesentlich weiter gefasstes Mandat für ein Abkommen über geistiges Eigentum (das jetzige TRIPS-Abkommen), während die Entwicklungsländer darauf beharrten, das Mandat innerhalb des Kontextes der GATT-Runde eng auf Raubkopien zu begrenzen. Nachdem die Amerikaner die Diskussion über die Reform des IPR-Systems bereits in eine weniger einfühlbare Runde wie das GATT hinein getragen hatten, griffen sie nunmehr auf die Durchschlagskraft ihres bilateralen Drucks durch 'Paragraph 301' ihres eigenen Handels- und Zollgesetzes aus dem Jahr 1984 zurück (der inzwischen auch auf geistiges Eigentum angewendet wird). Paragraph 301 gestattet es den USA, Vergünstigungen aus Handelsabkommen wieder zu entziehen oder bilateral Zölle auf ausländische Waren zu verhängen.<sup>3</sup> Genau diese Drohung des Paragraphen 301 bzw. des 'Sonderparagraphen 301' ('Special 301') aus dem Jahre 1988 vereitelte die Opposition der Entwicklungsländer. Die USA bedienen sich (und bedienen sich immer noch) besonderer Kategorien wie der „Priority Watch List“ und der „Watch List“ gemäß Sonderparagraph 301, um bestimmten Ländern mit gesetzlich abgesegneten Handelssanktionen zu drohen. So gaben am Ende auch Brasilien und Indien nach, die sich dem TRIPS-Regelwerk am längsten entgegengestellt hatten, und das Abkommen wurde Bestandteil der so genannten „Built-in Agenda“ der WTO.

Die Position der Amerikaner zum TRIPS-Abkommen wurde mit Unterstützung der Mitglieder des Ausschusses für geistiges Eigentum, einer IPR-Lobby in Washington, eronnen, konzipiert und sogar ausgehandelt. Dies war in Handelskreisen in Genf hinlänglich bekannt und zog den Spott selbst der amerikanischen Industrie auf sich. James Enyart, ein Monsanto-Vertreter, ließ die französische Zeitschrift *Les Nouvelles* damals wissen: „Die Industrie hat ein bedeutsames Problem im weltweiten Handel ausgemacht. Sie hat eine Lösung fabriziert, diese auf einen konkreten Vorschlag reduziert und den dann unserer Regierung und den anderen Administrationen verkauft ...“<sup>4</sup>

In Indien hingegen kommentierte ein Kritiker: „Der Text beinhaltet alles, was die Amerikaner seit Jahren forderten, aber bislang nicht durchsetzen konnten...“ und in der Erklärung der indischen Delegation anlässlich der Verabschiedung des Genfer 'Abkommens' kam sogar „Zufriedenheit“ über das Ergebnis zum Ausdruck! „Man hat uns hereingelegt. Und offenbar sind wir sogar noch froh darüber.“<sup>5</sup>

Heute, zwölf Jahre nach der Einbindung des auf „breiter Basis“ gründenden Abkommens über geistiges Eigentum in die Uruguay-Runde, hat die WTO Züge einer durch Proteste innerhalb und außerhalb ihrer eigenen Reihen angeschlagenen Organisation angenommen. Die gleiche politische Einstellung, die seinerzeit das TRIPS-Abkommen mit zu Wege brachte, herrscht heute bei seiner Umsetzung vor: Die USA, die Schweiz und die Europäische Gemeinschaft blockieren inhaltliche Überprüfungen des TRIPS-Abkommens und üben jeder für sich Druck auf Mitgliedsländer aus, den Forderungen des umstrittenen Abkommens weit mehr als nur Genüge zu tun. Kritiker, die bereits vor Jahren vor der Gefahr von Monopolrechten auf biologische Organismen und ihre Teile sowie auf Pharmazeutika gewarnt hatten, erkennen nunmehr ein Erstarken der Opposition aus verschiedenen Bereichen der Bevölkerung – weltweit. Die Entwicklungsländer sind von ihren bereits vor der gescheiterten WTO-Ministerkonferenz in Seattle im Jahre 1998 vorgetragenen Forderungen nicht abgewichen, im Gegenteil: Sie bestehen auf einer echten, gründlichen Revision des Artikel 27.3(b) (Patente auf Lebensformen) und einer Überprüfung seiner Auswirkungen für Entwicklungsländer. Sie erreichten, dass in diesem Jahr bereits eine Sondersitzung zur Beratung über die Auswirkungen des TRIPS-Abkommens auf die Gesundheitspolitik der Mitgliedstaaten einberufen wurde. Allerdings wird seitens der Industrieländer die Behauptung, das TRIPS-Abkommen fördere den Technologie-Transfer in die Länder des Südens, immer noch aufrechterhalten, ohne dafür Belege zu liefern. Unzählige Studien über das Abkommen und seine Auswirkungen auf Ernährungssicherheit, Artenvielfalt und Gesundheit finden keine Beachtung. Im Juli dieses Jahres ließen die USA verlauten, sie würden von ihrer Position zum TRIPS-Abkommen solange nicht abrücken, bis andere Länder Beweise für seine gesundheitsschädlichen Auswirkungen

gen vorlegen. Aber selbst aus der EU sind zunehmend Stimmen zu vernehmen, die sich der weit verbreiteten Kritik über das Abkommen anschließen.

Den Nachweis der Legitimität des TRIPS-Abkommens werden die verhandelnden Regierungen erbringen müssen. Im November dieses Jahres treffen die Minister erneut zusammen, um über praktisch jede Facette unseres Lebens auf der handelspolitischen Agenda der WTO zu debattieren.

In der Hoffnung, dass sich die Geschichte nicht unablässig wiederholen möge, unterbreiten wir den Regierungen und der breiten Öffentlichkeit fünf Berichte einzelner Betroffener aus verschiedenen Teilen der Welt über ihre Lebensrealität. Mögen ihre Zeugnisse die Auswirkungen des TRIPS-Abkommens in einem neuen Licht erscheinen lassen.

Darüber hinaus präsentieren wir in einem zweiten Teil dieser Publikation unsere konkreten Forderungen an die WTO. Diese werden von einer Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen, Gruppen, Wissenschaftlern u.v.m. mit getragen. Anlässlich der bevorstehenden Welthandelskonferenz werden sie der WTO und den Mitgliedsstaaten übergeben.

**ActionAid, die Erklärung von Bern, das Institute for Agriculture and Trade Policy und MISEREOR stellen das TRIPS-Abkommen auf den Prüfstand. Sie sind Teil einer globalen Koalition aus Bauern und Bäuerinnen und in den Bereichen Entwicklung, Verbraucher, Gesundheit und Umwelt engagierter Gruppen und Organisationen – das so genannte TRIPS Action Network (TAN).**

---

1. Im Jahre 1883 unterzeichneten mehrheitlich junge Industrienationen das so genannte Pariser Übereinkommen zum Schutz des gewerblichen Eigentums. Im Zeitraum von 1900 bis 1967 wurde das Abkommen sechs mal revidiert, dabei wurden jeweils die Monopolrechte der Patenhalter verstärkt. Seitdem nach dem 2. Weltkrieg immer mehr Entwicklungsländer ihre Unabhängigkeit erlangten, forderten diese zunehmend eine Revision sowohl des Pariser Übereinkommens als auch der nationalen Patentgesetze zum Schutze nationaler und öffentlicher Interessen. Die Gruppe der Blockfreien und der 77 Entwicklungsländer drängten auf Untersuchungen der Auswirkungen von Patenten auf Entwicklungsländer. Im Jahre 1975 erließ die Siebte Sondertagung der UN-Vollversammlung folgende Resolution (3362 (S-VII): Internationale Übereinkommen über Patente und Handelsmarken sollten revidiert und überarbeitet werden, insbesondere um den speziellen Erfordernissen von Entwicklungsländern in den Bereichen Transfer und Entwicklung von Technologie Rechnung zu tragen.

2. Drahos, Peter: „Negotiating Intellectual Property Rights: Between Coercion and Dialogue“, Seminar von Oxfam International über geistiges Eigentum und Entwicklung: What Future for the WTO Trips Agreement? Brüssel, 20. März 2001.

3. Drahos, Peter: „Trade-Offs and Trade Linkages: TRIPs in a Negotiating Context“. Manuskript eines Vortrags im Quaker House, Genf, 12. September 2000.

4. Dawkins, Kristin Gene Wars: The Politics of Biotechnology. New York, 1997

5. Intellectual Property Rights: The Geneva Surrender. Economic and Political Weekly. 3. Juni 1989

# GESTOHNENES WISSEN

*Mit ihrer Aneignung von traditionellem Wissen haben Pfizer, Pytopharm und CSIR auf eklatante Weise die Bestimmungen der Konvention über biologische Vielfalt missachtet. Diese verlangt die Zustimmung der Beteiligten – darunter auch der eigentlichen Entdecker und Benutzer – nach zuvor erfolgter umfassender Information. Gleichzeitig erlaubt das TRIPS-Abkommen die Patentierung von „Erfindungen“ auf der Grundlage gestohlenen traditionellen Wissens und genetischer Ressourcen. Nichtregierungsorganisationen fordern, das TRIPS-Abkommen abzuändern, um es mit der Konvention über biologische Vielfalt in Einklang zu bringen.*

Die San – auch als Buschleute bekannt – sind die Ureinwohner des südlichen Afrika. Die ältesten Felsenzeichnungen ihrer Vorfahren entstanden bereits vor 27.000 Jahren. Zu den bekannten San-Sprachgruppen zählen !Kung, !Xu, Jul'hoansi, ‡Khomani und Hai||om. Nach jahrhundertelanger Diskriminierung haben heutige San-Gruppen mit ungefähr 100.000 Mitgliedern in den Staaten Südafrika, Botswana, Namibia und Angola die Arbeitsgruppe für indigene Minderheiten in Südafrika (Working Group of Indigenous Minorities in Southern Africa – WIMSA) für die Vertretung ihrer Rechte und Interessen gegründet.

Das für seine Überlebenskunst, seine Felsenzeichnungen, Trancetänze und mystische Symbiose mit seinen Halbwüsten oder Savannen bekannte San-Volk zählt zu den besterforschten und zugleich ärmsten und marginalisiertesten Völkern der Welt. 1997 kündigte der Treuhänderausschuss der WIMSA (dem ausschließlich San-Mitglieder angehören) an, man werde künftig weder Medienvertretern noch Forschern freien Zugang zu den San gestatten und erarbeitete Verträge über „Eintrittsgelder“ als Gegenleistung für den Zugang zu ihren Lebensräumen und ihrem jahrhundertalten Wissen. Die Einnahmen fließen heute in Bildungs- und Entwicklungsmaßnahmen der Gemeinschaften. „Wir waren nicht mehr als ausbeutbare Objekte“ findet Joram Useb, Angehöriger des Hai||om-Stammes der San aus Namibia und stellvertretender Koordinator von WIMSA. „Wir wollen als Menschen anerkannt werden, mit den gleichen Rechten wie jeder andere auf der Welt“.

## **Der Hoodia-Kaktus**

Der *Hoodia*-Kaktus wächst in den Halbwüsten im südlichen Afrika. Seit jeher stillen die San mit Teilen des *Kaktus* ihren Hunger und Durst während der langen Wanderungen, denn sein Wirkstoff wirkt als Appetitzügler. Inzwischen isolierte ein britisches Unternehmen die aktive Substanz des Kaktus und prophezeit ihm eine große Zukunft als Bestseller unter den Schlankheitsmitteln. Der südafrikanische Rechtsanwalt und Berater von WIMSA, Roger Chennells, meinte dazu: „Bei den San ist man sehr beunruhigt. Es ist ein Gefühl, als hätte einem jemand das Familiensilber gestohlen, der jetzt damit das ganz große Geld macht. Die Buschleute haben nichts dagegen, wenn jemand ihr Wissen nutzt, um daraus ein Medikament herzustellen, aber sie finden, die Pharmafirmen hätten sie vorher fragen und sich mit ihnen einigen müssen“.

## **Der Fall**

Der aktive Wirkstoff des *Hoodia*-Kaktus wurde erstmals vom Council for Scientific and Industrial Research in South Africa (CSIR – Rat für wissenschaftliche und industrielle Forschung in Südafrika) entdeckt, der seine Erkenntnisse der britischen Phytopharm zur Weiterentwicklung überließ. Nach Auskunft des Unternehmens hatte man ein potentielles Mittel gegen Fettleibigkeit gewonnen, frei von den Nebenwirkungen sonstiger Mittel, da es auf Pflanzenbasis entwickelt

worden war. Flugs stieg der Aktienkurs und wenige Zeit später hatte man das exklusive, weltweite Vermarktungsrecht für eine Lizenzgebühr von 21 Millionen US-Dollar bereits an den amerikanischen Pharmakonzern Pfizer veräußert.

Nach den Beteuerungen von Phytopharm-Chef Richard Dixey hat er das Unternehmen eigens dazu gegründet, den Buschleuten aus ihrem uralten Wissen zum Profit zu verhelfen, er sei allerdings ursprünglich der Meinung gewesen, dass die eigentlichen Entdecker des patentierten Kaktuswirkstoffs inzwischen ausgestorben seien. In der Weise hätte sich CSIR ihm gegenüber zumindest geäußert.<sup>1</sup> Auch Dr. Marthinus Horak, Projektverantwortlicher bei CSIR, berief sich darauf, dass in Südafrika nur noch einige Hundert Buschleute überlebt hätten, die obendrein nur schwer zu erreichen seien. Nach seinen Worten „hatten wir immer vor, die Gemeinschaft irgendwann darauf anzusprechen, aber bevor das Medikament die klinischen Prüfungen bestanden hatte und genehmigt worden war, hielten wir dies nicht für angemessen. Wir wollten keine Erwartungen mit Versprechen wecken, die wir dann nicht einlösen könnten“<sup>2</sup>. Bei Pfizer hofft man, den aktiven *Hoodia*-Wirkstoff binnen drei Jahren in Pillenform vermarkten zu können. Man ist sicher, damit einen erklecklichen Teil des sechs-Milliarden-Dollar-Marktes für Schlankheitsmittel erobern zu können. Die *Hoodia*-Pillen könnten ohne weiteres das erste weltweit bedeutsame Medikament werden, welches von einer südafrikanischen Pflanze stammt.

Im Juni dieses Jahres versammelten sich die San-Führer zu ihrem alljährlichen Treffen auf einer 45 Meilen nördlich von Kapstadt gelegenen Farm, um ihre Strategie zur Aushandlung und Verteidigung ihrer Ansprüche auf einen Teil des Patents zu planen. Ein Teil des Geldes könnte das in bitterster Armut lebende San-Volk in seinen Bemühungen um die Erhaltung und Wertschätzung seiner eigenen Kultur und seiner Gemeinschaften unterstützen.

---

Quellen:

1. 'The Hunter-Litigators' von Peter Hawthorne, Kapstadt, in Time, 6. August 2001
2. 'In Africa the Hoodia cactus keeps men alive. Now it's secret is 'stolen' to make us thin.' Von Antony Barnett, in The Observer, Sonntag, 17. Juni 2001

# OFFENKUNDIG UNGERECHT

*Der Fall Monsanto gegen Percy Schmeiser belegt die unvorstellbaren Folgen der Patentierung von Leben. Die NRO fordern deshalb ein klares 'Nein' zu Patenten auf Leben im TRIPS-Abkommen und die Achtung der Rechte von Bauern, eigenes Saatgut zu nutzen, zu bewahren, zu pflanzen und zu verkaufen .*

Der 70-jährige Percy Schmeiser baut seit 53 Jahren auf seiner 636 Hektar großen Farm im westkanadischen Saskatchewan die Rapspflanze Canola an. Mit seiner gleichaltrigen Frau hat er fünf Kinder und 14 Enkelkinder. Man kennt ihn in der Gegend als Saatgutzüchter, das heißt, er zweigte jedes Jahr Saatgut aus seiner Ernte zur Aussaat im folgenden Jahr ab und traf eine Auswahl, um daraus unterschiedliche Arten zu erzeugen, die gegen die Krankheiten in seinem Gebiet resistent und den lokalen Bedingungen angepasst sind. Percy berichtet, was ihm widerfuhr:

## Der Fall

„1997 stellte ich eines Tages fest, dass einige Canola-Pflanzen entlang der Straßengraben um meine Felder gegen das Herbizid Roundup bzw. Glyphosat resistent waren. Ich verspritzte das Pflanzengift daraufhin versuchsweise weiter in meinem Feld und entdeckte noch mehr Roundup-resistente Canola-Pflanzen. Als ich ein Jahr später von Monsanto den Gerichtsbeschluss bekam, war das für mich ein totaler Schock.

Monsanto beschuldigte mich, mir widerrechtlich ihre genveränderte, patentierte Rapspflanze der Marke Roundup Ready beschafft und sie angebaut zu haben, ohne vorher um Genehmigung gebeten oder dafür bezahlt zu haben. Vor Gericht zog Monsanto zwar seine Anschuldigung, ich hätte mir das Saatgut illegal beschafft, mangels Beweise zurück, blieb aber bei dem Vorwurf, dass ich ihre patentierte Pflanze angepflanzt hätte. Sie warfen mir vor, dass der Anteil und die Qualität der Roundup-resistenten Pflanzen auf meinen Feldern so hoch sei, dass er unmöglich aus Auskreuzungen mit Roundup-resistenten Pflanzen aus anderen Gegenden stammen könne. Ich hielt ihnen entgegen, dass ich niemals Saatgut von Monsanto bezogen, sondern seit jeher mein eigenes verwendet hatte. Ich hatte zwar in der Vergangenheit einige Chemikalien von Monsanto gekauft, sonst aber niemals Kontakt zu Vertretern der Firma gehabt. 1996 hatte allerdings einer meiner Nachbarn Monsantos genetisch modifizierte Raps-Pflanze angebaut, und höchstwahrscheinlich waren dabei einige Samen auf mein Feld herüber geweht worden, vor allem bei dem heftigen Sturm in jenem Jahr. Sicher mag die Auskreuzung durch Nachbargrundstücke eine Rolle gespielt haben, die meisten der Gen veränderten Pflanzen stammten aber direkt aus den auf mein Feld gewehrte Samen. Sie hätten ebenso gut von einem der LKWs fallen können, die auf der über meine Farm verlaufende Hauptstraße verkehren.

Das Gericht entschied zu Gunsten der Patentrechte von Monsanto. In der Begründung hieß es, ich hätte zwar nie wirklich einen wirtschaftlichen Vorteil aus dem Patent erlangt, da ich Roundup nicht eingesetzt und das Saatgut nicht verkauft hätte; gleichwohl hätte ich allein dadurch, dass die Pflanzen auf meinem Feld wuchsen, eine Patentverletzung begangen. Unter welchen Umständen die Pflanzen dorthin gelangt waren – ob die Samen zugeweht, durch Überflutung dorthin gelangt, von Tieren oder Gerätschaften eingeschleppt oder durch Auskreuzung entstanden waren – spiele dabei keine Rolle, sie verletzten Monsantos Patent. Das heißt, selbst wenn meine Canola-Pflanze auf meinem Feld von Monsantos Gen veränderter Canola gegen meinen Willen „fremd bestäubt“ wird, wird meine Pflanze das Eigentum von Monsanto. Nach Auffassung des Gerichts standen auch meine sämtlichen Gewinne aus der Ernte von 1998 – in Höhe von 19.832 US-Dollar – Monsanto zu, selbst von den Feldern, die weder Monsanto noch ich auf Gen manipulierte Canola-

Pflanzen untersucht hatten – lediglich auf Grund der Möglichkeit, dass sich unter den dortigen Canola-Samen einige wenige Samen von Monsanto befinden könnten.

Das bedeutet genau genommen, dass das Patentrecht vor das Recht von Bauern und Züchtern geht. Die Regierung mag Ihre Rechte noch so sehr schützen – wenn jemand auf Ihrem Grund und Boden oder in Ihren Pflanzen von Monsanto patentierte Gene findet, sind Sie von heute auf morgen völlig schutzlos. Dass Monsanto mein Saatgut, in das ich 50 Jahre Zuchtarbeit gesteckt habe, mit seinen Gen veränderten Samen vernichtet hat, spielt dabei keine Rolle. Auf die Frage der Haftung für diese Verunreinigung angesprochen, meinte der Richter, darüber habe ein anderes Gericht zu befinden.“

### **Der Schaden**

„Für die Bauern bedeutet das, Unternehmen wie Monsanto können sich die uneingeschränkte Kontrolle über die Saatgutversorgung und damit über einen Milliardenmarkt aneignen. Damit berauben sie die Bauern ihres Anteils an der Entwicklung. Das von mir erzeugte Canola-Saatgut hatte sich in meiner Gegend bewährt; hätte ich es 50 oder 100 Meilen weiter ausgesät, wo der Boden und die klimatischen Bedingungen vielleicht ein wenig anders gewesen wären, hätte ich möglicherweise weniger Erfolg damit gehabt. Die besten Getreidearten – Weizen, Hafer, Mais – wurden ursprünglich von Bauern erzeugt. Universitäten und Forschungszentren mögen die Sorten vielleicht verbessert haben, die eigentliche Entwicklung ist durch Bauern erfolgt. Wenn diese Multis die Kontrolle über den Saatgutmarkt gewinnen, verkaufen sie eine Sorte, die ganz Westkanada angepasst ist. Dabei handelt es sich um ein Gebiet von Hunderttausenden Quadratmeilen. Das Bauernrecht, Saatgut aus eigener Ernte für den Nachbau im folgenden Jahr zu verwenden, ist ein von Gott gegebenes Recht; wenn man einem Bauern diese Freiheit nimmt, wird er zum Sklaven seines eigenen Grund und Bodens.

Und wer ist für die Kontaminierung unserer Felder mit genetisch modifizierten Canola-Pflanzen verantwortlich? In Westkanada vertreiben Firmen derzeit fünf verschiedene, Gen veränderte Canola-Sorten. Sie könnten allesamt mit ein und der selben Canola-Pflanze fremd befruchtet werden, um ein Superunkraut hervorzubringen, das gegen fünf unterschiedliche Pflanzengifte resistent wäre. Zahlen belegen, dass sich die gentechnisch veränderten Canola-Pflanzen in den vergangenen vier bis fünf Jahren zu einem Unkraut ausgewachsen haben, das Rang 13 der unerwünschtesten Unkräuter in Westkanada besetzt. Wer übernimmt die Mehrkosten, die den Bauern bei ihrem Kampf gegen dieses Zeug entstehen? Canola-Samen können sich sechs bis zehn Jahre lang im Boden halten und jederzeit keimen. Die genmanipulierten Canola-Pflanzen in Westkanada werden wir nie mehr los.“

### **Die Kampagne**

Percy Schmeiser hat Rechtsbeschwerde gegen das Urteil eingelegt: Angeblich hat das Gericht Beweismittel von Monsanto zugelassen, an die man dadurch gelangt war, dass man sich widerrechtlich Zugang zu seinem Grundstück verschafft und unerlaubt sein Saatgut hat mitgehen lassen. In einer von ihm angestregten Gegenklage beschuldigt er Monsanto, eine Substanz in die Umwelt freigesetzt zu haben, von deren Unkontrollierbarkeit man wisse, die man aber auch gar nicht kontrollieren wolle. Und er unternimmt den Versuch, Monsanto für die Vernichtung seiner Zuchtarbeit verantwortlich zu machen. Des Weiteren setzt sich Percy Schmeiser aktiv für die Rechte der Bauern überall auf der Welt ein. Monsanto bemüht sich zwar um die Einführung von gentechnisch verändertem Flachs und Weizen in Kanada, aber die kanadischen Bauern gehen in die Offensive. Vor etwa fünf Wochen wurde der Universität von Saskatchewan in Saskatoon auferlegt, ihren gesamten Bestand an gentechnisch verändertem Flachssamen zu vernichten. Dass sich die Landwirtschaftsministerien der USA und Kanadas gemeinsam mit Monsanto an der Entwicklung gentechnisch veränderter Organismen beteiligen, ist offenkundig geworden und auf Widerstand gestoßen.

# VERLORENES SAATGUT

*Die Landwirtschaft ist Hauptstütze des Lebensunterhalts von 75 Prozent der in ländlichen Gegenden lebenden Weltbevölkerung. Der Vormarsch der Rechte auf geistiges Eigentum in Entwicklungsländern birgt das Potential unabsehbarer, nachteiliger Folgen für weltweit 1,4 Milliarden Bauern und Bäuerinnen, die von ihrem selbst erzeugten Saatgut abhängen. 44 Prozent der inzwischen mehr als 9.000 bekannten Patente für wichtige Nutzpflanzen halten vier multinationale Großkonzerne.*

*Patente werden den Zugang von Bauern und Züchtern zu Saatgut und genetischen Ressourcen beschneiden. Auch besteht die Gefahr, dass sie das Saatgut für die Kleinbauern auf Grund fälliger Lizenzgebühren, restriktiver Verträge und zunehmender Kommerzialisierung verteuern. Nach der Aussaat können die Unternehmen von den Bauern verlangen, Jahr für Jahr neues Saatgut zu kaufen, und sie bestrafen, wenn sie etwas davon abzweigen. Dies beschneidet die Rechte der Bauern, (patentiertes) Saatgut aus eigener Ernte zu gewinnen, zu nutzen, zu bewahren, zu pflanzen und zu verkaufen.*

*Die einheimischen Saatgutsorten der Bauern sichern nicht nur den Schutz der biologischen Vielfalt, sondern auch den Lebensunterhalt armer Bauern und Bäuerinnen. Genetische Vielfalt in der Landwirtschaft ermöglicht es armen Bauern und Züchtern, diejenigen Pflanzensorten und Tierarten zu selektieren, die sich den klimatischen Veränderungen und dem sich wandelnden sozioökonomischen Druck am besten anpassen können. In dem nur Sorten, welche die Kriterien der Unterscheidbarkeit, Einheitlichkeit und Beständigkeit erfüllen, unter Schutz gestellt werden, wird einer bestimmten (industriellen) Art der Landwirtschaft Vorschub geleistet, die den Schutz der biologischen Vielfalt und die Sicherung des Lebensunterhalts bedroht.*

*Geistiges Eigentum in der Landwirtschaft wird die Art und Weise, wie Entwicklungsländer sie betreiben, tief greifend ändern. Verarmte Bauern wie Naseer Ghumman und Leopoldo Guilaran sind als Marktteilnehmer jetzt schon gefährdet – die Notwendigkeit, auf einem globalen, gegen sie eingenommenen Markt agieren zu müssen, wird ihre Verletzbarkeit noch erhöhen.*

„Ich heiße Nasir Ghumman. Ich kam am 13. Februar 1963 in meinem Heimatdorf Chak, im Bezirk Sargodha in Pakistan als Sohn eines Bauern zur Welt. Wir sind insgesamt fünf Brüder und drei Schwestern. Mein Vater arbeitete sehr hart, um das Land anzubauen. Dank unermüdlicher Arbeit und der für die Landwirtschaft günstigen Bedingungen schaffte er es, seinen anfangs nur 14,5 Acre großen Betrieb auf 60 Acre Nutzfläche zu erweitern.

Mein Vater baute damals Weizen, Mais, Baumwolle, Reis, Hirse, *Jawar*, Leinsaat, *Gawara*, *Mong*, Zuckerrohr sowie verschiedene Zitrusfrüchte (Grapefruit, Orangen, *Sangtra*, *Vancialate*, Malta-Orange usw.) an. Ich erinnere mich noch gut an meine Kindheit – wir Geschwister halfen den Eltern auf dem Feld und hüteten das Vieh. Ich habe die Grundschule in meinem Dorf und danach die weiterführende Schule in der drei Meilen entfernten Stadt Lalian besucht. Später lebte ich in verschiedenen Städten wie Faisalabad, Sargodha und Karachi. An der Punjab University erwarb ich meinen Magister in Punjabi-Literatur, und mein Jurastudium habe ich an der Universität Karachi absolviert.

Als mein Vater vor sieben Jahren aus Altersgründen die Feldarbeit aufgab, verteilte er sein Land unter uns Kindern. Mein Anteil waren 10 Acre. Seither bebaue ich mein Land selbstständig, wenn auch unter ganz anderen Bedingungen als in meiner Kindheit.“

## **Folgen der Tätigkeit multinationaler Unternehmen**

„Vor der Einführung von Hybridsaatgut und Agrochemikalien musste hier niemand sein Saatgut kaufen. Die bäuerlichen Gemeinschaften tauschten das Saatgut der verschiedenen Feldfrüchte unentgeltlich untereinander aus und gaben es nach der Ernte wieder zurück. Bis dann die leistungsfähigeren Sorten Einzug hielten.

Seither muss ein Bauer sein Saatgut käuflich erwerben und Agrochemikalien zur Steigerung seiner Produktion einsetzen. Die zunehmende Abhängigkeit von kommerzialisiertem Saatgut wirkte sich nachteilig auf das hiesige Saatgut aus. Diverse lokale Sorten, die unser Vater damals erzeugte, sind uns inzwischen verloren gegangen. Maissamen beispielsweise muss man jetzt in der Stadt kaufen, den Züchtern bleibt gar keine andere Wahl als die Maissamen von Monsanto. Und es gibt kaum noch lokales Saatgut für Weizen und Jawar oder Leinsaat. Ich habe mich nach besten Kräften darum bemüht, leider ohne Erfolg. Mir bleibt nichts anderes übrig, als auf das Saatgut der Multis zurück zu greifen. Als Cargill, die vor einigen Jahren von Monsanto übernommen wurden, vor acht Jahren Maissamen einführten, bekam man das Kilo noch für 15 Rupien, inzwischen ist der Kilopreis auf 250 Rupien gestiegen. Das kann sich ein Kleinbauer nicht leisten. Wir befinden uns in den Fängen der Zwischenhändler.

Mein Vater erzeugte damals aus lokalem Saatgut Sarsoon, eine Senfpflanze, die als Nahrungs- und Futtermittel, zur Ölgewinnung und zu vielen anderen Zecken verwendet wurde, aber es ist mir abhanden gekommen. Ich kaufe jetzt das teure Canola-Saatgut. Wegen der hohen Kosten habe ich den Anbau auf ein Minimum beschränkt. Und ich kann nicht mehr so viele Tiere halten wie früher, denn Sarsoon war ihr Hauptfuttermittel. Jetzt gibt es dementsprechend weniger Milch für meine Kinder. Bevor ich das Canola-Saatgut kaufen musste, besaß ich zehn Milchkühe, jetzt kann ich mir nur noch zwei leisten. Und all das nur, weil ich auf das teure Saatgut angewiesen bin. In den Nachbardörfern mussten sich die Leute schon ganz von ihrem Vieh trennen, weil sie Geld für das Futter nicht mehr aufbringen konnten.

Unter solchen Umständen bräuchten wir eine Politik, die uns aus diesem Elend heraushilft. Aber die internationalen Politiker verfolgen andere Interessen: Sie wollen die Rechte der Multis schützen. Nach dem TRIPS-Abkommen dürfen landwirtschaftliche Produkte und Nahrungsmittel patentiert werden. Es hat jene Kräfte erstarken lassen, die die Probleme, die ich erwähnt habe, zu verantworten haben. Wenn schon die Vorläufer des TRIPS-Abkommens mein Leben auf diese hinterhältige Weise beeinflussten, wie sollte ich dann dem TRIPS-Abkommen gegenüber gleichgültig bleiben können?“

## **Der Fall**

„Der Stolz Südasiens – Basmati-Reis – wurde von RiceTec patentiert. Aber selbst nach massiven Protesten von Organisationen der Zivilgesellschaft ist es dem Multi gelungen, Teile des abgespeckten Patents zu behalten. Basmati-Reis gilt als wichtiges Nahrungsmittel und unverzichtbare Einkommensquelle für Kleinbauern. Für 20 Kilo des wertvolleren Basmati bekommen sie ungefähr 40 Kilo Körner anderer Reissorten. Sie erzielen dafür höhere Preise, in erster Linie auf Grund der höheren Preise auf dem Weltmarkt. Ich fürchte, solange amerikanischer Reis als Basmati verkauft werden kann, wird dieser billigere ‘Basmati’-Reis unseren Exporten schaden. Den Kleinbauern droht ein Desaster, ihre überlebenswichtige Feldpflanze verliert immer mehr an Wert. Auf diese Weise profitieren transnationale Unternehmen der Industrieländer vom TRIPS-Abkommen, während die mittellosen Bauern und Bäuerinnen in den Entwicklungsländern immer tiefer in die Krise geraten.

Artikel 27.3(b) des TRIPS-Abkommens ist für ein Land wie Pakistan von eminenter Bedeutung, verpflichtet er den Mitgliedsstaat doch dazu, für Pflanzensorten „Patentierung“ oder ein wirksames Sui Generis-System zu erlassen. Die „Patentierung“ mag für Industriegüter ja geeignet sein, für lebende Organismen ist sie auf Grund der damit potentiell verbundenen, ernsthaften Bedrohung der Ernährungssicherheit schlicht unangebracht. Würde die Patentierung von Pflanzen und Tieren zugelassen, besäßen multinationale Unternehmen auch ein Monopol auf ihren Verkauf. Im Zuge dieser Gesetzgebungsprozesse haben Pakistans Politiker jedoch statt der Bauern und Bäuerinnen multinationale Unternehmen zu Rate gezogen.

Was den Inhalt unseres hiesigen Gesetzes über Pflanzenzüchter (Plant Breeders – PBR) anbelangt, ist das NRO-Netzwerk SAAG (Sustainable Agriculture Action Group), dem ich angehöre, inzwischen aktiv geworden: Es hat der Regierung konkrete Stellungnahmen vorgelegt – etwa den Vorschlag, das

Gesetz in „Gesetz über Pflanzenzüchter und Bauernrechte“ umzubenennen. Denn schließlich waren es die Bauern und Bäuerinnen, die die unterschiedlichen Feldfrüchte, einschließlich des Saatgutes, gestützt auf ihr traditionelles Wissen ursprünglich erzeugten. Die „wissenschaftlichen Errungenschaften“ der Pflanzenzüchter basieren genau genommen auf dem bäuerlichen Wissen. Wenn also von Pflanzenzüchtern die Rede ist, sollte man an erster Stelle die Rechte derjenigen erwähnen, die auch als Erste dazu beitrugen (d.h. die Bauern und Bäuerinnen). Inzwischen eignen sich immer mehr Unternehmen die Kontrolle über den Saatgutmarkt an. Die Multis favorisieren das TRIPS-Abkommen und die diversen Pflanzenzüchtersetze, sichern ihnen diese Regelwerke doch ihre Kontrolle und happige Gewinne. Ansonsten gibt es in Pakistan kaum einen Pflanzenzüchter, der über das TRIPS-Abkommen und das PBR Bescheid weiß.“

## Der Schaden

„Wir verlieren zunehmend die Kontrolle über unsere eigenen Ressourcen und sind auf Gedeih und Verderb den Multis ausgeliefert, die die Ernährungsprobleme der Armen und der Bauern und Bäuerinnen durch noch mehr Unsicherheit verschlimmern. Die Patentierung von Saatgut wird sie (die Multis) zu Gewinnern und uns Bauern und Bäuerinnen zu Verlierern machen.

Ich habe Angst vor der Biopiraterie. Ich baue Kino-Orangen an und erziele auf Grund ihres hohen Exportwertes einen guten Preis. Aber wenn jemand sie erst einmal patentiert, wird es weniger oder gar keinen Export mehr geben, und wir werden eine wichtige Einkommensquelle verlieren. *Haldi*, *Neem* usw. sind uns schon verloren gegangen, und wenn man jetzt auch noch Zitrusfrüchte patentieren darf, werden wir so verarmen, dass wir nicht mehr wie Menschen leben können. Ich baue zwar auch Weizen, Hirse, Canola, Zuckerrohr und Reis an, aber wegen der Kontrolle der Multis über den Saatgutmarkt kommt uns Bauern unsere Identität abhanden; sie patentieren unsere einheimischen Pflanzen, und wir verlieren unsere Eigentumsrechte.

Unsere Landwirtschaft ist eine Lebensform und integraler Bestandteil unsere Kultur, keine bloße kommerzielle und produktive Aktivität. Nach dem Eingriff moderner Technologien wie Traktoren und Drescher usw. bleibt der Tausch von Saatgut die einzige Praxis, die die bäuerlichen Gemeinschaften zusammen hält. Das auf der Grundlage des TRIPS-Abkommens eingeführte Pflanzenzüchtersgesetz beschneidet das Recht von Bauern und Bäuerinnen, Saatgut zu tauschen. Jedermann weiß, dass die Kommerzialisierung in der Landwirtschaft die Liebe und Zuwendung unter den Gemeinschaften drastisch reduziert hat. Sie sind immer weniger aufeinander angewiesen und stattdessen zunehmend von den Marktkräften abhängig.

Die Kommerzialisierung hat auch der Nahrungsvielfalt ein Ende bereitet. Bei unseren Vätern gab es als Brot „*Mundal*“ – eine Art Lebensmittelgetreide. Ein solches Brot reichte damals als Tagesration für einen gesunden Feldarbeiter aus. Außerdem aßen sie Hirsebrod. Und mit *Alsi* (Leinsamen) – das auch als wertvolles Futtermittel galt – überstanden sie die harten Wintermonate. *Taramera*-Öl (Rapsöl) half, das Immunsystem der Tiere zu stärken. Alle diese Nahrungs- und Futtermittel wurden von kommerziellem Saatgut verdrängt – die Folge ist eine weniger nahrhafte Ernährung. Mein Vater und andere betagte Mitglieder unserer Familie sind über 80, ja bis zu 100 Jahre alt geworden, sie hatten sich ihr Leben lang nährstoff- und abwechslungsreich ernährt. Mein Großvater, meine Großmutter sowie mein Vater und mein Onkel starben mit 95 bzw. 96, 86 und 88 Jahren. Aber jetzt haben wir schon zwei Vettern und zwei Neffen im Alter von 50, 56, 41 bzw. 35 verloren, sie litten alle an irgendwelchen Krankheiten. Meines Erachtens ist die Altersgrenze auf Grund der nährstoffarmen und einseitigen Ernährung gesunken.

Das TRIPS-Abkommen und das PBR-Gesetz machen sich für die Kontrolle über Pflanzenressourcen in den Händen einiger weniger Unternehmen stark. Die wahren Eigentümer (Bauern und Bäuerinnen) werden in den Debatten um den Vorteilsausgleich totgeschwiegen. Jeder spricht über die Rechte von Züchtern, ohne den jahrhundertealten Beitrag von Bauern und Bäuerinnen auch nur zu erwähnen. Die Bauernrechte sind in kaum jemandes Munde.“

# DIE BAUERN SETZEN SICH ZUR WEHR

*Der nachstehende Fall zeigt, wie das TRIPS-Abkommen der Privatisierung von Saatgut Vorschub leistet und die falsche Agraragenda fördert. Es bedroht den Lebensunterhalt von Bauern und Bäuerinnen und damit die Ernährungssicherheit. Das TRIPS-Abkommen muss im Hinblick auf die Sicherung des freien Zugangs von Bauern und Bäuerinnen zu Saatgut überarbeitet werden. Sie sind auf ihr Recht angewiesen, ihr eigenes Saatgut aus der Ernte zu gewinnen und es frei zu tauschen und zu züchten.*

„Ich heiße Leopoldo Guilaran, bin 53 Jahre alt und lebe als Reisbauer auf Negros Island im Süden der Philippinen. Die Landwirtschaft hat in meiner Familie eine lange Tradition. Schon mein Großvater und später mein Vater haben ihr Leben lang Ackerbau betrieben – ich selbst bin seit 24 Jahren Reisbauer. Seit zehn Jahren betreibe ich nachhaltige Landwirtschaft. Auf meinem 2,6 Hektar großen Hof baue ich Reis, Mais, verschiedene Gemüse, Obstbäume und Wurzelgemüse an. Ich bin einer der 34 praktizierenden Reiszüchter des MASIPAG-Netzwerks, und mein Betrieb ist mein Labor. Von hier aus organisiere ich auch das „coaching on the job“ für andere Bauern, d.h. ich leite die Kollegen an, die die Reiszucht erlernen wollen.

Ich bin auch Vorsitzender des MASIPAG, eines 30.000-Mitglieder starken nationalen Netzwerks aus Kleinbauern, Wissenschaftlern und NROs auf den Philippinen. MASIPAG steht für Farmer Scientist Partnership for Development (Partnerschaft von Bauern und Wissenschaftlern für die Entwicklung).“

## **Der Fall**

„1998 erfuhr ich erstmals auf einer MASIPAG-Veranstaltung von den handelsbezogenen Aspekten geistigen Eigentums (TRIPS). Nach dreimonatiger Schulung und Beratung mit Mitgliedern anderer Basisgruppen in After Negros organisierten wir eine Massendemonstration gegen das TRIPS-Abkommen, an der 7.000 Bauern und Bäuerinnen und ihre Unterstützerguppen teilnahmen. Das war die Geburtsstunde unserer Kampagne gegen das TRIPS-Abkommen.

Dieser Kampf ist für uns noch realistischer geworden, seit unsere Gesetzgeber in der vergangenen Legislaturperiode des Kongresses einen Entwurf für ein Gesetz über den Schutz von Pflanzensorten nach dem Vorbild der UPOV-Konvention von 1991 einführen wollten, um dem TRIPS-Abkommen Genüge zu tun. Leider waren die Hauptbenachteiligten durch dieses Gesetz – d.h. die Bauern und Bäuerinnen – im Vorfeld praktisch nicht konsultiert worden.

Als Bauer und Züchter kann ich die Folgen der Einführung dieser Systeme zum Schutz geistigen Eigentums in vier Punkten zusammenfassen:

### ***1. Privatisierung genetischer Ressourcen***

Das TRIPS-Abkommen erzwingt das Privateigentum an genetischen Ressourcen. Es wird den Zugang zu Saatgut und Zuchtmaterialien beschneiden – ein Faktor, der die Verbesserung von Feldfrüchten sowohl in den großen Institutionen als auch in den bäuerlichen Betrieben mit Sicherheit beeinträchtigen wird. TRIPS steht für Kontrolle durch Monopole und Eigentum und damit im Widerspruch zu dem freien Austausch, den wir Bauern seit Generationen praktizieren. Wissenschaftler werden nicht mehr zum freien Austausch des Materials bereit sein, und Bauern und Züchter wie ich werden praktisch alles verlieren.

## ***2. Förderung der falschen Agraragenda***

Das TRIPS-Abkommen wird die Agrarforschung in die verkehrte Richtung treiben: Obsiegen werden die Forschungsinteressen der Konzerne, hochwertige Exportprodukte über einfache Feldfrüchte der Armen und Einheitlichkeit über die Vielfalt auf den Feldern. Dies bestätigen Erfahrungen in Ländern, die das Abkommen bereits umgesetzt haben. Zudem verlagert unsere Regierung die Forschungsprioritäten derzeit auf moderne Biotechnologie auf Kosten der Forschung und Entwicklung für eine nachhaltige Landwirtschaft, die für die Mehrheit unserer Landwirte – die Kleinbauern – nutzbringender wäre. Und schließlich werden Bauern und Züchter wie ich, die mit ihrer Arbeit ganz andere Ziele verfolgen, weiter an den Rand gedrängt, wenn nicht gar völlig aus dem System ausgeschlossen.

Vitamin A-Reis, beispielsweise (der so genannte „Goldene Reis“; Anm.d.Übers.), wird von IRRI, dem Internationalen Reiserforschungsinstitut, als eine Art humanitärer Anstrengung zur Verhinderung von Fehlernährung und Erblindung erzeugt. Tatsächlich ist dieser Reis in ein Netz aus 70 Unternehmenspatenten eingebunden, dessen Stricke so festgezurt sind, dass es einem rechtlichen Albtraum gleichkäme, ihn überhaupt auf die Felder der Bauern zu bekommen. Natürlich glauben wir nicht an diesen Reis. Aber er macht deutlich, was geistiges Eigentum – ohne den geringsten Vorteil für die Armen – mit der Forschung anrichten kann.

## ***3. Beschränkungen des Rechtes, eigenes Saatgut aus der Ernte zu bewahren, es zu tauschen und weiterzuverkaufen***

Der pflegliche Umgang mit Saatgut ist für das Überleben von Kleinbauern unerlässlich. Das TRIPS-Abkommen untersagt ihnen jedoch, Saatgut aus eigener Ernte zu gewinnen und es frei zu tauschen oder weiterzuverkaufen. Hat sich erst einmal ein System etabliert, das dieses Recht beschränkt, wird es weiter und weiter beschnitten werden, bis die Kleinbauern schließlich ausgelöscht sind. Uns das Recht zum Reproduzieren und Tauschen von Saatgut zu nehmen, hieße, uns das Leben nehmen.

Die Gesetzesvorlage über den Sortenschutz in unserem Land sieht beispielsweise vor, dass Bauern nur noch dann eigenes Saatgut abzweigen, tauschen und verkaufen dürfen, wenn sie dies zu nicht-kommerziellen Zwecken und auf ihrem eigenen Grund und Boden tun. Die Realität sieht allerdings so aus, dass 1,2 Millionen Bauernfamilien auf den Philippinen gar kein eigenes Land besitzen. Das heißt, große, Ressourcen reiche Höfe profitieren auf Kosten der Interessen von Bauern und Bäuerinnen, die kaum über eigene Ressourcen verfügen.

## ***4. Beschneidung von Bauernrechten***

Das Schlimmste am TRIPS-Abkommen ist meines Erachtens, dass auf unseren jahrtausendealten Rechten als Bauern herumgetrampelt wird. Man nimmt uns das Wesen dessen, was uns als die Hüter und Verwalter des Landes ausmacht, das wir bebauen. Das Züchten, Bewahren, Produzieren und Selektieren sind kontinuierliche, von Bauern und Bäuerinnen seit Generationen praktizierte Prozesse. Wie kann plötzlich irgendjemand Eigentum auf genetische Ressourcen anmelden? Und noch dazu Lizenzgebühren von den Bauern nehmen?

Wir philippinische Bauern hatten schon unter den Folgen des Saatgutertifizierungssystems unserer Regierung zu leiden. Damals meldeten Wissenschaftler Anspruch auf die Reispflanze „Burdagol“ (roter Reis) an, die in Wahrheit von einem Bauern gezüchtet worden war. Obwohl es dabei noch nicht um Rechte auf geistiges Eigentum ging, lehrt uns die Erfahrung, was passieren würde, wenn das Regelwerk des TRIPS-Abkommens umgesetzt wird. Von einem solchen Gesetz würden heute die Wissenschaftler profitieren. Aber die Erfahrung mit Burdagol und das TRIPS-

Abkommen bedeuten ein und dasselbe: Man erkennt den Bauern und Bäuerinnen ihre Rechte und ihr Erbe ab, man nimmt ihnen etwas weg. Und ich glaube kaum, dass man sie dafür überhaupt entschädigen kann. Es ist schlichtweg falsch.“

### **Die Kampagne**

„Nachdem ich erkannt hatte, wie das TRIPS-Abkommen die nachhaltige Landwirtschaft im Allgemeinen und insbesondere die Interessen der Kleinbauern treffen kann, startete ich von mir aus einen Feldzug gegen das TRIPS-Abkommen. Meine Botschaft an die anderen Bauern lautet: missachtet das System, denn es verdient wohl eher die Bezeichnung „handelsbezogene Rechte auf geistige Piraterie“. Wir werden uns einem solchen Regime nicht beugen und unsere Bauernrechte weiter hochhalten, all das zu tun, was wir tun müssen, um unser Saatgut zu schützen, zu bewahren und zu verbessern – es gehört uns allen gemeinsam und ist niemandes Privateigentum.

Im MASIPAG engagieren wir uns dafür, mehr Leute an der Basis für dieses Thema zu sensibilisieren und Druck auf unsere Regierung auszuüben, damit sie die kleinbäuerliche und die indigene Bevölkerung vor den unseligen Auswirkungen des TRIPS-Abkommens schützt. Wir werden unsere Bündnisse mit anderen Gruppen weiter ausweiten, um die Vorlage des Gesetzes über den Schutz der Pflanzenvielfalt in unserem Land zu Fall zu bringen.

Auf regionaler Ebene organisieren wir in Asien gemeinsam mit anderen Gruppen aus Thailand, Indonesien, Kambodscha, den Philippinen, Indien und Bangladesch die so genannte Kampagne ‘Keine Patente auf Leben! Keine Patente auf Reis!’.

Wir haben ein gemeinsames Forschungsprojekt durchgeführt, dessen Ergebnisse im vergangenen März veröffentlicht wurden und derzeit in den jeweiligen Ländern lokalisiert werden. Erst kürzlich haben wir miteinander ein Positionspapier erarbeitet, das derzeit zwecks Zustimmung der anderen Gruppen die Runde macht, und das wir als Werkzeug bei unserer Lobbyarbeit gegen das TRIPS-Abkommen einsetzen.

Es bleibt in der Tat noch viel zu tun in diesem Kampf, aber uns Bauern und Bäuerinnen, die wir durch die Umsetzung des Abkommens alles verlieren können, ist keine Arbeit zu hart oder zu teuer. Wir werden entschlossen weiter kämpfen – zum Vorteil der Landwirtschaft und der Generationen, die von ihr abhängen werden.“

# DAS TRIPS-ABKOMMEN: EIN GESUNDHEITSRISIKO

*Die Pharmaindustrie hat gewaltige Macht und erzielt bekanntlich enorme Gewinne, oftmals auf Kosten von Menschenleben. In Drittweltländern führt sie Prüfungen auf unethische Weise durch, indem sie gefährliche und unerwünschte Arzneimittel dort entsorgt und zahlreiche Spielarten von Doppelmoral an den Tag legt, nur um gewaltige Profite zu machen. Menschenleben spielen dabei eine untergeordnete Rolle. Und sowohl Ärzte als auch Regierungen machen mit den Pharmakonzernen gemeinsame Sache.*

*Darin liegen die eigentliche Herausforderung und das Problem der Länder der Dritten Welt: Die Aktivitäten der Multis, die das große Geld machen und zu deren Gunsten die WTO Drittweltländer anweist, ihre Patentgesetze zu ändern, werden in letzter Konsequenz dazu führen, dass immer weniger Menschen lebensrettende Medikamente zu erschwinglichen Preisen bekommen.*

## Das TRIPS-Abkommen und die Gesundheit

„Ich heiße Dr. Gopal Dabade und bin Arzt. Mein Medizinstudium habe ich am Medical College meiner Heimatstadt Hubli in Indien absolviert.“

### Der Fall

„a) Yellawa lebt mit ihrem Ehemann Hanumantha in dem entlegenen Dörfchen Machi in Südindien. Machi ist eines der Dörfer, die ich nahezu drei Jahre lang jede Woche besuchte, die Familie ist mir also gut bekannt. Hanumantha ist Asthmatiker. Er ist arbeitsunfähig, und deshalb muss Yellawa den Lebensunterhalt für die Familie verdienen. Für ihre Arbeit auf einer nahegelegenen Farm bekommt sie etwa einen halben Dollar am Tag. Die Familie ist arm. Ihr einziger Sohn, der 22-jährige Kallapa, hat das Dorf vor zwei Jahren verlassen, um sich in der nächst größeren Stadt einen Job zu suchen. Yellawa war also die einzige, die Geld verdient, und hatte ziemliche Probleme, mit dem Geld auszukommen. Ich untersuchte Hanumantha und verschrieb ihm das Antiasthmikum Salbutamol, das die Firma Cipla herstellt und unter dem Handelsnamen Asthalin vertreibt. Da er es täglich einnehmen musste, war der Preis ein nicht unerheblicher Faktor. Sein Asthmamittel kostete ihn jede Woche einen Viertel Dollar. Während der Behandlung mit diesem Medikament ging es ihm offensichtlich nicht nur gut, sondern er konnte darüber hinaus auch einfache Tätigkeiten verrichten und ein wenig für die Familie hinzu verdienen.

b) Ramanna arbeitete als Schreiner und verdiente damit ungefähr zwei Dollar am Tag. Er war der einzige Brotverdiener in der Familie. Seine beiden kleinen Kinder besuchten die Schule. Da traf ihn plötzlich die Tuberkulose. Ich konnte ihn dazu überreden, das Rauchen aufzugeben. Ich riet ihm, das Medikament sechs Monate lang zu nehmen, das würde ihn etwa fünfzig Dollar kosten. Die Familie musste sich stark einschränken. Aber die Behandlung hat ihm geholfen, die Tuberkulose zu überwinden: Ramanna ist heute völlig gesund.

Dies sind nur zwei Beispiele von Erfolgsgeschichten, die deutlich machen, wie segensreich der Zugang der Armen und Angehörigen der Mittelklasse zu preiswerten Medikamenten in Indien ist. Dank gebührt der einheimischen Pharmaindustrie, die dies ihrerseits dem Indischen Patentgesetz aus dem Jahr 1970 zu verdanken hat. Gemessen an allen anderen Entwicklungsländern weltweit hat Indien ein beispielloses Patentgesetz – dies hat zumindest die UNIDO (United Nations Industrial Development Organization) selber erklärt. Das Patentgesetz von 1970 hat den einheimischen Arzneimittelherstellern zu ihrem jetzigen Entwicklungsstand verholfen. Sie sind nicht nur in der

Lage, den Arzneimittelbedarf der einheimischen Bevölkerung weitgehend zu decken, sondern können sogar Medikamente exportieren. Vor 1970 stellte sich die Lage anders dar: Indien hing damals von den Multis ab, und Medikamente waren teuer. Erst nach der Einführung des Patentgesetzes konnten die indischen Pharmahersteller Medikamente zu niedrigen Preisen produzieren und damit die Multis zu einer Senkung der Arzneimittelpreise zwingen. Da Medikamente in Indien erst ab 2005 patentiert werden dürfen, kann ein einheimisches Unternehmen rechtmäßig Generika von Medikamenten herstellen, die in anderen Ländern patentiert sind.“

### **Billigere Medikamente in Indien**

„Nirgendwo auf der Welt sind die Arzneimittelpreise niedriger als in Indien – Medikamente sind zwischen 1000 % und 4000 % billiger als die gleichen Produkte in den USA. Im indischen Mumbai kostet Hytrin (ein hochentwickeltes Antihypertensivum) zwei Cent die Tablette, eine Monatsdosis des Medikaments etwa \$ 4. In einer Apotheke in Boston (in den USA) kostet das gleiche Medikament des selben Herstellers \$ 44 und damit mehr als zehnmal so viel. In Boston bezahlt man für 150 mg Ranitidine 42 Cent, in Mumbai weniger als 2 Cent. Das heißt: Selbst das billigere Generikum in den USA ist um 2246 % teurer.

Daraus folgt, dass eine Vielzahl lebenswichtiger Medikamente zu erschwinglichen Preisen für die Menschen zugänglich sind. Zahlreiche dieser Errungenschaften würden jedoch verloren gehen, sollte Indien sich entschließen, seine Gesetze nach WTO-Vorgaben anzupassen. Es wäre gezwungen, sein Patentgesetz von 1970 unter dem Druck der WTO zu ändern. Dies bedeutete eine weitere Ausgrenzung der Armen und Marginalisierten, denn:

- 1) Neue Medikamente werden künftig für jeden Inder unerschwinglich sein! Ich fürchte, die Lage wird insbesondere für HIV/AIDS-Medikamente katastrophal sein. Indien weist weltweit die höchsten Zahlen HIV/Aids-Kranker auf. Die Vorstellung, dass sich das Land innerhalb von zehn Jahren in einem Zustand wie heute Südafrika befindet, ist beängstigend, aber die neu entwickelten Medikamente und Impfstoffe gegen HIV/AIDS werden sich durchschnittliche InderInnen nicht mehr leisten können.
- 2) Den traditionellen HeilerInnen, die für ihre Behandlungen auf Pflanzen angewiesen sind, droht der Versuch der Pharmariesen, diese zu patentieren. Es hat bereits etliche Bestrebungen in dieser Richtung gegeben. Die Bedrohung ist vorerst vage, nimmt aber immer deutlichere Formen an.“

### **Maßnahmen gegen Patente**

„Das Thema der Patente und ihrer Implikationen ist ein ernstes Anliegen mehrerer AktivistInnen-Gruppen und politischen Parteien. Es wird seit längerem innerhalb und außerhalb des Parlaments debattiert und auch erforscht. Seit dem Jahr 1991, als Indien der Unterzeichnung des GATT zustimmte, haben unzählige Seminare, Workshops und öffentliche Demonstrationen stattgefunden, und auch die Presse hat die Anmaßung der WTO verurteilt. Als die regierende Kongresspartei das GATT 1991 unterzeichnete, wurde dies von der Opposition als „menschenfeindlicher Schritt“ heftig kritisiert. Aber auch nachfolgende politische Parteien haben nach ihrer Machtübernahme weiterhin diese Linie verfolgt und sich dem Diktat der WTO gebeugt. Auch zivile Gruppen bekunden Interesse an dem Thema. Besonders hervorzuheben unter jenen, in denen ich mich engagierte und deren Tätigkeit ich verfolge, sind:

- 1) Azadi Bachao Andolon – beteiligt sich an einer Unterschriftenkampagne und an einem Verfahren vor dem Obersten Gerichtshof gegen die indische Regierung wegen der Unterzeichnung des WTO-Abkommens.
- 2) All India Drug Action Network and Drug Action Forum – Karnataka – Herausgeber verschiedener Publikationen über Fragen im Zusammenhang mit Arzneimittelpreisen und ihren Auswirkungen nach einer Änderung von Patenten.

- 3) National Alliance for People`s Movement – eine Vereinigung mehrerer Initiativgruppen.
- 4) National Working Group on Patents – Grundlagenforschung über Fragen im Zusammenhang mit Patenten, Landwirtschaft und Kampagnen.
- 5) Research Foundation for Science, Technology and Natural Resource Policy: erforscht einheimisches Saatgut und organisiert internationale Kampagnen.
- 6) Karnataka Rajya Raitha Sangha – eine Bauernbewegung gegen die WTO.

Dies sind nur einige wenige Beispiele, die Liste ist natürlich endlos.

Es muss dringend sichergestellt werden, dass diesen Organisationen Unterstützung und Hilfe von ähnlich denkenden Organisationen weltweit zuteil wird, damit Indien sein Patentgesetz aufrecht erhält.“

# DAS TRIPS-ABKOMMEN IN DER WELTHANDELS-ORGANISATION (WTO) ÜBERDENKEN

Das TRIPS-Abkommen (*TRIPS: Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights – handelsbezogene Aspekte geistigen Eigentums*) steht vor einer Legitimitätskrise. In den sechs Jahren seit Inkrafttreten des Abkommens mehrten sich die Zeichen ständig zunehmender sozialer, ökologischer und ökonomischer Probleme im Zuge seiner Umsetzung. Von den Versprechen in Bezug auf die Förderung des Technologietransfers, Innovation und verstärkte ausländische Direktinvestitionen haben sich nur wenige erfüllt. Inzwischen besteht weltweit eine öffentliche Opposition gegen das TRIPS-Abkommen aufgrund seiner Funktion hinsichtlich der Patentierung von Leben und der Verminderung des Zugangs zu Arzneimitteln.

Hundertern Gruppen der Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen überall auf der Welt gilt das TRIPS-Abkommen als einer der schadenträchtigsten Aspekte der WTO. Ihre Legitimität ist eng mit der des TRIPS-Abkommens verbunden. In der Tat hat das TRIPS-Abkommen das Ansehen des multilateralen Handelssystems beschädigt. Im Widerspruch zu den so genannten Grundsätzen des freien Handels und der Handelsliberalisierung wird das Abkommen als protektionistisches Instrument zur Förderung von Unternehmensmonopolen in Bezug auf Technologien, Saatgut, Gene und Arzneimittel missbraucht. Unter Berufung auf das Abkommen nutzen Großunternehmen die Rechte auf geistiges Eigentum zum Schutz ihrer Märkte und zur Verhinderung des Wettbewerbs. Die auf der Grundlage des TRIPS-Abkommens geforderten übermäßig hohen Schutzrechtsstandards für geistiges Eigentum haben das Gewicht weg vom öffentlichen Interesse hin zu den monopolistischen Privilegien der Schutzrechtsinhaber verschoben. Diese Entwicklung untergräbt die Ziele der nachhaltigen Entwicklung, einschließlich der Armutsbekämpfung, der Deckung öffentlicher Gesundheitserfordernisse, dem Erhalt der biologischen Vielfalt, des Umweltschutzes und der Durchsetzung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte.

Wir, die Unterzeichnenden, rufen die WTO-Mitglieder auf, zu handeln, bevor das TRIPS-Abkommen noch mehr Schaden anrichtet. Wir halten ein grundsätzliches Überdenken des Abkommens innerhalb der WTO für geboten. Wir drängen deshalb die WTO-Mitglieder, einen Revisions- und Reformprozess in die Wege zu leiten.

## **Patente auf Leben, Ernährungssicherheit und Biopiraterie**

Im Zentrum der Debatten über die Patentierung von Leben und ihre nachteiligen Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit, den Lebensunterhalt von Bauern und Bäuerinnen, die Rechte lokaler Gemeinschaften, die nachhaltige Nutzung von Ressourcen und den Zugang zu genetischen Ressourcen steht die Forderung nach der Patentierung von Lebensformen und natürlichen Prozessen gemäß Artikel 27.3(b) des TRIPS-Abkommens.

Patente auf Saatgut und genetische Ressourcen für Ernährung und Wirtschaft bedrohen nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken und den Lebensunterhalt von Bauern und Bäuerinnen ebenso wie die Ernährungssicherheit. Bauern, die auf patentiertes Saatgut zurückgreifen, werden in ihren Rechten, ihr eigenes Saatgut zu nutzen, zu bewahren, zu pflanzen und zu verkaufen, beschränkt. Artikel 27.3(b) sieht darüber hinaus auch den Schutz von Pflanzensorten vor, räumt den WTO-Mitgliedern jedoch die Wahl zwischen dem Schutz der Pflanzensorten entweder durch Patente oder durch ein so genanntes *sui generis*-System (alternative und eigenständige Schutzform) oder durch eine Kombination aus beiden ein.

Die Option, Pflanzensorten durch ein sui generis-System zu schützen, wird jedoch durch den Druck, den die Industrieländer, die weltweite Saatgut- und Biotechnologieindustrie, das UPOV (Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen) und das WTO-Sekretariat auf die Entwicklungsländer ausüben, auf die Einhaltung des UPOV 91 reduziert, das dadurch zunehmend in den Vordergrund gedrängt wird. Die zunehmende Konsolidierung multinationaler Saatgutkonzerne sowie der Agrochemie- und Nahrungsmittelunternehmen hat die Kontrolle über Saatgut und Saatsorten und damit letztlich über die Ernährungssicherheit in den Händen weniger Unternehmen konzentriert und den bäuerlichen Gemeinschaften entzogen.

Das Patentsystem leistet überdies dem Diebstahl biologischer Ressourcen und traditionellen Wissens Vorschub. Die Patentierung biologischer Ressourcen und des traditionellen Wissens beschneidet in unfairer Weise die Rechte der Gemeinschaften auf eben jene Ressourcen, die sie über Generationen hinweg angebaut und gepflegt haben und unterbindet ihren Zugang zu diesen Ressourcen. Dies steht im Widerspruch zu den Grundsätzen und Bestimmungen der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD). Der Wettlauf um die Patentierung von Genen, Zellen, DNA-Sequenzen und anderen natürlichen Lebensformen hat den entscheidenden Unterschied zwischen Entdeckungen und grundlegenden wissenschaftlichen Informationen, die ungehindert austauschbar sein sollten, und wirklich erfundenen und damit zu Recht patentierbaren Produkten oder Prozessen verwischt.

Der Vorstoß der Entwicklungsländer in Richtung auf eine substantielle Überprüfung des Artikels 27.3(b) wird blockiert. Obwohl es dabei um grundlegende Fragen geht, nehmen die Industrieländer die Vorschläge der Entwicklungsländer nicht wirklich ernst. Insbesondere die Gruppe Afrikanischer Staaten hat sich eindeutig gegen die Patentierung von Leben ausgesprochen. Auf dem Ministertreffen der WTO in Seattle 1999 hatte sie einen Beschluss dahingehend verlangt, dass *„Pflanzen und Tiere sowie Mikroorganismen sowie alle anderen lebenden Organismen und ihre Bestandteile nicht patentierbar sind, und dass auch natürliche Verfahren zur Herstellung von Pflanzen, Tieren und anderen lebenden Organismen gleichermaßen von der Patentierbarkeit ausgeschlossen werden sollten“*. Der Vorschlag der Afrika-Gruppe hat bei anderen Entwicklungsländern sowie bei Gruppen der Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen weltweit breite Unterstützung gefunden. Es besteht das dringende Erfordernis, Artikel 27.3(b) einer ernsthaften, grundlegenden Revision zu unterziehen.

### **NRO-Vorschläge für die Revision von Artikel 27.3(b)**

In Anbetracht dessen, rufen wir die WTO und ihre Mitgliedsstaaten auf:

entsprechend dem Mandat der umgehenden Aufnahme einer grundlegenden Revision des Artikels 27.3(b) zuzustimmen. Dieser Prozess muss als eigenständiger Vorgang, unabhängig von der Überprüfung nach Artikel 71.1 des TRIPS-Abkommens oder den weiter gehenden WTO-Verhandlungen erfolgen; dabei ist:

- von dem Vorschlag der Gruppe Afrikanischer Staaten ausgehend klarzustellen, dass Pflanzen, Tiere, Mikroorganismen und alle anderen lebenden Organismen und ihre Bestandteile nicht patentierbar sind, und dass auch die natürlichen Verfahren zur Herstellung von Pflanzen, Tieren und anderen lebenden Organismen von der Patentierbarkeit ausgeschlossen werden sollten;
- das Recht der Entwicklungsländer zu achten, eigenständig über das Erfordernis angemessener *sui-generis*-Gesetze zu entscheiden, die die Rechte der Gemeinschaft und der Bauern und Bäuerinnen wirksam schützen und die landwirtschaftliche Vielfalt und Nachhaltigkeit fördern;
- einhergehend mit der Klarstellung, dass lebende Organismen und ihre Teile nicht patentierbar sind, des Weiteren sicherzustellen, dass Artikel 27.3(b) des TRIPS-Abkommens mit den Bestimmungen der CBD über nationale Souveränität, eines ausreichend informierten Einverständnisses (prior-informed consent) und Vorteilsausgleichs (benefit sharing) hinsichtlich des Zugangs zu genetischen Ressourcen und traditionellem Wissen im Einklang steht; und

- die gegenwärtigen Verhandlungen über das International Undertaking on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture (IU) der FAO sind zu berücksichtigen und zu unterstützen. Insbesondere soll die Patentierung pflanzengenetischer Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft innerhalb des multilateralen Systems des IU im Interesse der langfristigen Ernährungssicherung mit Restriktionen oder einem Verbot belegt und die Biopiraterie verhindert werden;
- die Frist für die Umsetzung des Artikels 27.3(b) mit sofortiger Wirkung um mindestens fünf Jahre nach Abschluss der substantiellen Überprüfung von Artikel 27.3(b) zu verlängern,
- sich dazu zu verpflichten, auf die Entwicklungsländer keinen bilateralen Druck hinsichtlich der Annahme der UPOV – Übereinkommens als die *sui-generis*-Option oder sonstiger „TRIPS-plus“-Maßnahmen auszuüben; und
- dem CBD-Sekretariat Beobachterstatus im TRIPS-Rat einzuräumen.

### **Das TRIPS-Abkommen und die öffentliche Gesundheitsversorgung**

Die im Rahmen des TRIPS-Abkommens vorgesehenen, strengen Patentregelungen ermöglichen es den Pharmakonzernen, die Preise für patentierte Arzneimittel auf hohe, oftmals übermäßig hohe Niveaus festzusetzen. Die auf der Grundlage des Abkommens vorgesehene, mindestens 20 Jahre lang gültige Schutzfrist für Produkte und Verfahren verleiht ein ausschließliches Monopol zur Herstellung sowie zum Vertrieb und Verkauf von Arzneimitteln. Diese Monopole ermöglichen den Pharmagiganten die Verdrängung alternativer, kostengünstiger Wettbewerber und die Durchsetzung weit über das vertretbare Maß hinausgehender Preise.

Um sicherzustellen, dass chemische Zwischenstoffe, Rohmaterialien und fertige Pharmazeutika überall auf der Welt zu wettbewerbsfähigen Preisen erhältlich sind, bedarf es angemessener, auf Zwangslizenzen und Parallelimporte abzielender nationaler Gesetze. Maßnahmen wie Zwangslizenzen, Parallelimporte und sonstige Ausnahmen zu den Schutzrechten sind nach dem TRIPS-Abkommen durchaus gestattet. Gleichwohl sowie ungeachtet des eindeutigen Erfordernisses für die Entwicklungsländer, ihre Rechte auf Zwangslizenzen und Parallelimporte zur Sicherung des Zugangs zu preiswerten Medikamenten auszuüben, sind die Entwicklungsländer bislang durch bilateralen Druck und Einschüchterungstaktiken an der Umsetzung der TRIPS-Bestimmungen über Zwangslizenzen und Parallelimporte gehindert worden. Dergleichen Einschüchterungstaktiken sind ungeheuerlich und nicht akzeptabel.

Die Mitglieder der WTO führen derzeit eine ganze Serie von Sondergesprächen über das TRIPS-Abkommen und die öffentliche Gesundheit. Dieser durch die Afrikagruppe angestoßene Prozess zielt auf die Klärung der Rolle der Schutzrechte und ihre Auswirkung auf die öffentliche Gesundheit und den Zugang zu Arzneimitteln. Die Entwicklungsländer, die ein greifbares Ergebnis des Prozesses sicherstellen wollen, fordern von der WTO die eindeutige, und unmissverständliche Bekräftigung, dass *„das TRIPS-Abkommen in keiner Weise das legitime Recht der WTO-Mitglieder beschneidet, ihre eigenen öffentlichen Gesundheitspolitiken zu formulieren und sie durch die Verabschiedung von Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit umzusetzen“*.

Die überwältigende Mehrheit der Entwicklungsländer in der WTO unterstützt diesen Vorschlag. Um diese Bekräftigung in die Praxis umzusetzen, haben die Entwicklungsländer ferner dazu aufgerufen, dass die WTO folgende Elemente billigen soll: Miteinbeziehung der Artikel 7 und 8 in die Auslegung aller TRIPS-Bestimmungen; das Recht der Länder, zu entscheiden, auf welcher Grundlage Zwangslizenzen erteilt werden können; Anerkennung der von ausländischen Herstellern erteilten Zwangslizenzen; das Recht auf Parallelimporte; ein Moratorium für Streitschlichtungsverfahren, die auf die Verhinderung oder Einschränkung des Zugangs zu Arzneimitteln oder des Schutzes der öffentlichen Gesundheit zielen; sowie die Verlängerung der Übergangsfristen für die Entwicklungs- oder die am wenigsten entwickelten Länder.

## **Vorschläge der Nichtregierungsorganisationen zu dem TRIPS-Abkommen und der öffentlichen Gesundheit**

Wir unterstützen uneingeschränkt den Vorschlag der Entwicklungsländer, nach dem die WTO die öffentliche Gesundheit ausdrücklich über das TRIPS-Abkommen stellen soll. Wir rufen alle WTO-Mitglieder dazu auf, einer solchen Bekräftigung nicht im Wege zu stehen. Wir rufen die WTO-Mitglieder ferner auf:

- die vorhandenen Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit im TRIPS-Abkommen zu verstärken, um sicherzustellen, dass Regierungen das unbestrittene Recht haben, Patente im Interesse der öffentlichen Gesundheit außer Kraft zu setzen;
- das TRIPS-Abkommen durch die flexible Anwendung vorhandener Schutzmaßnahmen und Ausnahmen zugunsten der öffentlichen Gesundheit ausulegen. Hierzu zählen die Aufrechterhaltung der Rechte einzelner Staaten, Zwangslizenzen für die Herstellung im Inland sowie die Ein- und Ausfuhr zu erteilen und ihr Recht Regelungen für Parallelimporte umzusetzen;
- die erschwerenden Bedingungen, welche die Regierungen bei der Erteilung von Zwangslizenzen erfüllen müssen, abzuschaffen, um deren Erteilung für Zwecke der öffentlichen Gesundheit zu erleichtern und damit zu beschleunigen;
- die im Rahmen des TRIPS-Abkommens vorgesehenen Umsetzungsfristen für Entwicklungsländer in Bezug auf den Patentschutz (sowohl Produkt als auch Verfahren betreffend) für Arzneimittel zu verlängern;
- sich dazu zu verpflichten, weder bilateralen oder regionalen Druck auf jene Entwicklungsländer auszuüben, welche Maßnahmen zur Ausübung ihrer Rechte nach dem TRIPS-Abkommen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und zum Zugang zu Arzneimitteln ergreifen, noch diese zu drängen, unnötigerweise strenge und möglicherweise nachteilige Standards für den Schutz geistigen Eigentums oder „Trips-plus“-Maßnahmen umzusetzen;
- mit sofortiger Wirkung ein Moratorium für Streitschlichtungsverfahren gegen Entwicklungsländer einzuhalten, da diese Verfahren ihre Möglichkeit einschränken, den Zugang zu Arzneimitteln zu fördern und damit die öffentliche Gesundheitsversorgung zu sichern (einschließlich der Nutzung von Zwangslizenzen und Parallelimporten);
- den Entwicklungsländern die Optionen der Einschränkung von Umfang und Dauer des Patentschutzes einzuräumen, einschließlich der ausdrücklichen Ausnahme von Arzneimitteln von der Patentierung aus humanitären oder Gesundheitsschutzgründen, um dadurch langfristig Leben zu retten, Epidemien wirksam zu begegnen und kontrollieren und sicherstellen zu können, dass auch Arme den Zugang zu den für die Behandlung armutsbezogener Krankheiten unerlässlichen Arzneimitteln erhalten.

### **Es ist Zeit für ein fundamentales Überdenken des TRIPS-Abkommens**

Wir glauben, dass der Schutz der Rechte auf geistiges Eigentum kein Selbstzweck ist. Die Ziele des TRIPS-Abkommens „technologische Innovation“ und „Technologietransfer“ (Artikel 7) sollten den Schutz geistiger Eigentumsrechte in den Kontext des öffentlichen Interesses an sozialem und wirtschaftlichem Wohlergehen stellen. Das TRIPS-Abkommen erkennt des Weiteren das Recht von WTO-Mitgliedern an, Maßnahmen zum Schutz vorrangiger Ziele des öffentlichen Gemeinwohls – wie die öffentliche Gesundheit und Ernährung – und der Sicherung sozioökonomischer und technologischer Entwicklung zu ergreifen und den Missbrauch von Patenten und wettbewerbswidrigen Praktiken (Artikel 8) zu verbieten. Gleichwohl haben bestimmte Industrieländer diese grundlegenden Ziele und Grundsätze bei ihrer Auslegung und Umsetzung des TRIPS-Abkommens bislang auf eklatante Weise missachtet. Ihre Versuche, die Entwicklungsländer zur Übernahme derart verfälschter Auslegungen zu nötigen, werden die sich abzeichnende Legitimitätskrise des TRIPS-Abkommens nur verlängern.

Unterschiedliche Gruppen der Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen haben, wie erwähnt, spezifische Forderungen in Bezug auf die Fragen der Patentierung von Leben und Zugang zu Arzneimitteln gestellt. Allerdings sind bei den unterschiedlichen Kampagnen zu den Patenten auf Leben, Biopiraterie und Ernährungssicherheit sowie öffentliche Gesundheit und Zugang zu erschwinglichen Arzneimitteln gemeinsame Anliegen erkennbar. Wir alle sind gleichermaßen der Auffassung, dass das TRIPS-Abkommen im Hinblick auf den Schutz geistiger Eigentumsrechte eine signifikante Verschiebung der Ausgewogenheit darstellt, in dem es private Patentinhaber zu Lasten des öffentlichen Interesses übermäßig begünstigt.

# FORDERUNGEN DER NICHTREGIERUNGS-ORGANISATIONEN IN BEZUG AUF DIE REVISION UND REFORM DES TRIPS-ABKOMMENS

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, rufen die WTO auf:

**das TRIPS-Abkommen grundlegend zu überprüfen und zu reformieren, und zwar durch:**

- die Revision des TRIPS-Abkommens nach Artikel 71.1 unter Berücksichtigung neuer Entwicklungen, die eine Modifizierung oder Veränderung des Abkommens rechtfertigen. Die Überprüfung sollte eine kritische Einschätzung der Auswirkungen des Abkommens auf Ernährungssicherheit, öffentliche Gesundheit und Ernährung und die Umwelt sowie seine Implikationen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung im Hinblick auf die Überarbeitung des Abkommens beinhalten. In Artikel 71.1 sieht das TRIPS-Abkommen eine solche Revision vor, die deshalb als eigenständiger Prozess erfolgen sollte, um nicht als untergeordneter Bestandteil der weitergehenden WTO-Verhandlungen „unterzugehen“;

- die Klarstellung, dass alle TRIPS-Bestimmungen im Kontext und vor dem Hintergrund der Artikel 7 und 8 des Abkommens interpretiert werden müssen. Die WTO-Mitglieder sollten die in diesen beiden Artikeln verankerten Ziele und Grundsätze umsetzen, um sicherzustellen, dass Gemeininteressen Vorrang vor der Sicherung privater Schutzrechte haben. Den Entwicklungsländern ist ein Höchstmaß an Flexibilität bei der Umsetzung des TRIPS-Abkommens einzuräumen. Sie sollten in ihrer Handlungsfähigkeit bei der Verfolgung jener Optionen oder Maßnahmen zur Implementierung des Abkommens, die ihnen eine angemessene Abwägung der vorrangigen Ziele des Gemeinwohls gegen Privatinteressen ermöglichen, nicht eingeschränkt werden. Die Entwicklungsländer sollten auch mit einem hinreichenden Maß an Flexibilität Umfang und Dauer von Schutzrechten einschränken dürfen; hierzu zählt auch das Recht, aus Gründen des öffentlichen Wohlergehens und des Erfordernisses der Einhaltung von Entwicklungszielen bestimmte Produkte und Sektoren von der Patentierung ganz auszunehmen (oder eine längere Übergangszeit dafür vorzusehen);

**die Ausübung bilateralen Drucks und die Anwendung von Einschüchterungstaktiken einzustellen, und zwar durch:**

- ausdrücklichen Verzicht auf die Ausübung von bilateralem Druck und auf die Anwendung bestimmter Taktiken, mit denen Entwicklungsländer dazu veranlasst werden sollen, auf die Wahrnehmung der ihnen nach dem TRIPS-Abkommen verfügbaren Optionen zu verzichten. Auch sollten die Entwicklungsländer weder durch bilaterale Mittel noch durch regionale Vereinbarungen oder im Zuge ihres Beitritts zur WTO zur zwangsweisen Umsetzung des „TRIPS-plus“-Regimes oder höherer Standards genötigt werden, als sie im Abkommen selbst vorgesehen sind;

**die Umsetzungsfristen für Entwicklungsländer zu verlängern, und zwar durch:**

- die Verlängerung der Umsetzungsfristen innerhalb des TRIPS-Abkommens für Entwicklungsländer, bis das Abkommen ordnungsgemäß und befriedigend überarbeitet worden ist und angemessene Änderungen vorgenommen worden sind;

**ein Moratorium für Streitbeilegungsverfahren, und zwar durch:**

- eine Vereinbarung mit sofortiger Wirkung über die Einhaltung eines Moratoriums für Streitschlichtungsverfahren bis zum zufrieden stellenden Abschluss der Revision. Viele Entwicklungsländer haben Probleme mit der Umsetzung des TRIPS-Abkommens auf nationaler Ebene, die Frist für die Umsetzung von Artikel 27.3(b) lief jedoch am 1. Januar 2000 aus. Das heißt, die meisten Entwicklungsländer sind nunmehr rechtlich verpflichtet, das TRIPS-Abkommen in ihr nationales Recht umzusetzen; anderweitig droht ihnen unmittelbar das Streitschlichtungsverfahren der WTO.

**den Stellenwert des TRIPS-Abkommens innerhalb der WTO zu überprüfen, und zwar durch:**

- ein Überdenken der logischen Grundlage und Erwünschtheit des Stellenwertes des TRIPS-Abkommens innerhalb der WTO. Das Abkommen ist protektionistisch, fördert monopolistische Praktiken und Profite und begünstigt nahezu ausschließlich die Industrieländer. Im Rahmen der grundlegenden Revision und Überarbeitung des TRIPS-Abkommens sollten die WTO-Mitglieder den Stellenwert eines solchen Abkommens in einer Handelsorganisation, die sich als Wettbewerbsverfechterin darstellt, überdenken und sich Gedanken darüber machen, ob die WTO nicht ganz auf das TRIPS-Abkommen verzichten könnte.

# ERSTUNTERZEICHNER UND AUTOREN DIESER ERKLÄRUNG:

ActionAid

Erklärung von Bern, Schweiz

Centro de Debate y Acción Ambiental, Kolumbien

Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP), USA

Instituto Latinoamericano de Servicios Legales Alternativos (ILSA), Kolumbien

MISEREOR, Deutschland

Oxfam International

Third World Network, Malaysia

Bis zum 4. Oktober 2001 haben insgesamt 178 Organisationen die Erklärung mit unterzeichnet.  
Eine Liste der Organisationen ist einsehbar unter <http://www.twinside.org.sg/title/joint5.htm>  
Bitte unterzeichnen auch Sie: [twnet@po.jaring.my](mailto:twnet@po.jaring.my)

# KONTAKTE

## ***GESTOHNENES WISSEN***

Working Group of Indigenous Minorities in  
Southern Africa (WIMSA)  
8 Bach Street  
Windhoek West  
PO Box 80733  
Windhoek  
Namibia  
E-mail: wimsareg@iafrica.com.na

## ***OFFENKUNDIG UNGERECHT***

Percy Schmeiser  
P.O. Box 400  
Bruno  
Saskatchewan  
Canada  
www.percyschmeiser.com

## ***DIE BAUERN SETZEN SICH ZUR WEHR***

Leopoldo Guilaran  
Maispag  
3346 Aguila St., Rhoda Subd.  
Los Baños, laguna  
4030 Philippines  
Tel: +63 49 536 6183  
Fax: +63 49 536 5549  
E-mail: masipag@mozcom.com

## ***VERLORENES SAATGUT***

Chaudhry Nasser Javaid Ghumman  
President  
Kissan Bachao Tehreek  
Derzeitige Anschrift: H# 08, Street A,  
Block Z New Satellite Town  
Sargodha, Punjab Pakistan  
Ständige Anschrift: Chak # 55 SB, P.O. Chak #  
56 SB, Tehsil and District  
Sargodha, Punjab, Pakistan  
Tel: (Büro) +92-451-741299  
(Privat) +92-451-221669  
Fax: +92-451-741 283  
E-mail: nasir\_ghumman@hotmail.com

## ***DAS TRIPS-ABKOMMEN:***

### ***EIN GESUNDHEITSRISIKO***

Dr. Gopal Dabade  
Gesundheitsaktivist  
BUKO Pharma-Kampagne  
August-Bebel-Str. 62  
D-33602 Bielefeld  
Tel: +49-(0)521-60550  
Fax: +49-(0)521-63789  
E-mail: [bukopharma@compuserve.com](mailto:bukopharma@compuserve.com),  
E-mail (privat): dabade\_pal@yahoo.com



Das Institute for Agriculture and Trade Policy fördert bäuerliche Familienbetriebe, ländliche Gemeinschaften und Ökosysteme überall auf der Welt durch Forschung und Bildung, Wissenschaft und Technologie sowie *Advocacy*-Arbeit (Anwaltschaft).



MISEREOR wurde 1958 gegründet. MISEREOR ist das Hilfswerk der Katholikinnen und Katholiken in Deutschland für die Entwicklungszusammenarbeit mit den Armen in den Ländern des Südens. Wir vertrauen dabei auf die Kraft der Menschen in den Entwicklungsländern, an der Lösung ihrer Probleme selbst mitzuarbeiten. Deshalb orientieren wir uns an den Bedürfnissen der Armen, setzen auf die Energie und Kompetenz der Betroffenen und leisten Hilfe zur Selbsthilfe. Der Mensch steht im Mittelpunkt, unabhängig von Religion, Geschlecht und Nation.

MISEREOR setzt sich ein für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung in Nord und Süd. Wir engagieren uns auch in Deutschland und Europa als Anwalt der Armen und Ausgegrenzten in der Dritten Welt. Mit unserer Öffentlichkeits-, Bildungs- und Lobbyarbeit leisten wir einen Beitrag zum Aufbau einer zukunftsfähigen Welt, in der die Ressourcen gerecht verteilt sind und alle Menschen die Chance auf ein menschenwürdiges Leben bekommen.

## **E v B**

ERKLÄRUNG VON BERN

Die Erklärung von Bern – die entwicklungspolitische Organisation für gerechtere Nord-Süd Beziehungen. Die Erklärung von Bern ist eine unabhängige Nichtregierungsorganisation und wird weitgehend von ihren 16.000 Mitgliedern getragen. Seit 1968 setzt sich die Erklärung von Bern mit Recherchen, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit für gerechtere, nachhaltigere und demokratischere Nord-Süd Beziehungen ein. Wir analysieren die Tätigkeiten von Schweizer Multis, von Banken und Regierungsstellen und intervenieren mit Partnerorganisationen bei der WTO, der Weltbank und anderen Institutionen.

## **act:onaid**

Die Vision von ActionAid ist eine Welt ohne Armut, in der alle Menschen ihr Recht auf ein Leben in Würde wahrnehmen können. Die Mission von Action Aid ist die Arbeit mit Armen und Ausgegrenzten, um die Armut durch die Überwindung der ihr zugrunde liegenden Ungerechtigkeit und Ungleichheit zu beseitigen.